



NEWSLETTER 08/2016

FORUM | MIGRATION



Die Mobilität nicht einschränken

Das Brexit-Votum richtete sich gegen die Freizügigkeit. Doch diese anzutasten schade allen Beteiligten, sagt der Migrationsforscher Holger Bonin. Er glaubt, dass es am Ende einen Sonder-status für EU-Bürger_innen in Großbritannien und umgekehrt geben wird.

Forum Migration: Herr Bonin, was bedeutet der Brexit für mobile Beschäftigte in Europa?

Holger Bonin: Im schlimmsten Fall gelten die Regeln für Drittstaatler. Das britische Recht lässt die Zuwanderung von qualifizierten Arbeitskräften aus Drittstaaten grundsätzlich zu. Allerdings gibt es hierfür relativ hohe Einkommensgrenzen – die erst vor kurzem verschärft wurden. Ob man da Ausnahmen für EU-Bürger schafft, ist offen. Es ist ja ein Teil des Brexit-Erfolgs, dass man die EU-Freizügigkeit nicht haben will. Trotzdem ist meine persönliche Erwartung, dass man im Rahmen der Austrittsverhandlungen zu einer Lösung kommen wird, die die Mobilität nicht zu sehr einschränkt. Weil das im Interesse der britischen Wirtschaft ist, und weil die EU das Druckmittel hat, ansonsten die Handelsbeziehungen zu beschränken.

Wie wird eine Lösung aussehen?


Wie immer die Regeln aussehen, sie werden für alle

EU-Bürger gelten. Ein Ausschluss etwa der Osteuropäer ist kaum vorstellbar, da die Regeln zur Arbeitnehmer-freizügigkeit Teil des Abkommens über den künftigen Binnenmarktzugang Großbritanniens sein werden.

Können Sie das Votum nachvollziehen?

Die Wahrnehmung scheint ja zu sein, dass die Freizügigkeit der britischen Wirtschaft geschadet hat. Nach dem, was wir wissen, ist aber das Gegenteil der Fall. Berechnungen zeigen, dass die Staatsfinanzen in Großbritannien von der Öffnung profitiert haben. Die britischen Universitäten gewinnen Studiengebühren durch die vielen Studierenden aus Europa. Und auch die Arbeitsmarktchancen der Einheimischen haben sich offenbar nicht negativ entwickelt. Die Migranten stoßen nämlich in Lücken vor, wo sie auf wenig Konkurrenz treffen, die vielzitierten polnischen Klempner sind dafür ein Beispiel. Mit 300.000 netto ist die Zuwanderung auch zahlenmäßig viel kleiner als in Deutschland.

Prof. Holger Bonin ist Chefkoordinator für Arbeitsmarktpolitikforschung beim Institut für die Zukunft der Arbeit, Professor für Arbeitsmarkt und Sozialpolitik an der Universität Kassel und Mitglied des Rates für Migration.

 Zum Brexit siehe auch die Seite 3

INHALT 08/2016

Die Mobilität nicht einschränken 1

Der Mann ist Gold wert 2

Nicht nur ein guter Mensch sein 2

Anerkennungs-News 2

Brexit: Was denken die Migrant_innen? 3

IG Metall: Auf dem Weg zu einem „neuen Wir“ 3

Zuwanderung aus der EU 2015 so hoch wie nie 3

News + Termine 4

Die soziale Einwanderungsgesellschaft – Vier Ansätze für gelingende Integration – Bodo Ramelow (Die Linke), Ministerpräsident des Landes Thüringen 5



Porträt Anerkennung:

Sonar Candan, „All about Cars“, Hamburg

Der Mann ist Gold wert

In der Türkei lernt er Kfz-Mechaniker und arbeitet beim TÜV. Doch als Saim Danabas eine Deutsche heiratet und zu ihr nach Hamburg zieht, nützt ihm dies zunächst wenig: Gleich mehrere Betriebe lehnen es nach Praktika ab, Danabas für die Anerkennung seiner ausländischen Qualifikation einzustellen. Dann wendet sich die Handwerkskammer an Soner Candan, den Inhaber der Werkstatt All About Cars im Stadtteil Eilbek: Ob der Meister mit Migrationshintergrund nicht helfen könne.

„Ich sollte ihn erstmal unverbindlich zwei Wochen lang anschauen“, sagt Candan. „Die Frage war: Was kann er wirklich?“ Danabas sei damals „etwas schüchtern gewesen, sein Deutsch war nicht gut“, erinnert sich Candan. „Wahrscheinlich war das der Grund, warum die anderen Betriebe ihn gar nichts haben machen lassen und dann schlecht bewertet haben.“ Bei All about Cars klappte die Kommunikation besser. „Mein Vorteil war natürlich, dass ich Türkisch spreche.“ Candan stellte fest: Danabas war extrem motiviert. Und er konnte viel, wenn auch noch nicht alles. Candan schrieb der Kammer, welche Defizite auszugleichen seien. Gemeinsam legten sie einen Ausbildungsplan für Danabas fest, Candan stellte ihn per Ausbildungsvertrag ein. Die Handwerkskammer übernahm die Kosten für überbetriebliche Lehrgänge und Sprachunterricht, das Geld dafür stammte aus einem Bildungsfonds der EU.

„Kosten hatte ich nicht, aber die Arbeit darf man nicht unterschätzen“, sagt Candan. „Man muss sich gemeinsam die Praxis anschauen und für die Theorie habe ich ihn immer wieder abgefragt.“ Größere Betriebe mit eigener Ausbildungsabteilung hätte es da leichter als ein Unternehmen wie seines, mit fünf Beschäftigten.

Nach einem halben Jahr war es soweit: Candan bescheinigte Danabas die Gleichwertigkeit seiner Kenntnisse als Kfz-Mechaniker. Die Kammer stellte das Zertifikat aus. „Ich hatte ihm und der Kammer schon während der Ausbildung gesagt, dass ich ihn auf jeden Fall nehmen werde, sobald die finanzielle Lage das hergibt“, sagt Candan. Sechs Monate später stellte er den Mechaniker dauerhaft ein. „Der Mann ist wirklich Gold wert“, sagt Candan heute.

Seine Türkisch-Kenntnisse haben die Begleitung leicht gemacht, eine Rolle gespielt hat der eigene Migrationshintergrund für die Entscheidung nicht, sagt Candan. „Ich habe ihn nicht deshalb genommen.“ Er sei „gebürtiger Hamburger“, wenn auch mit türkischem Pass, und „mehr der Techniker“. Und so hätten allein die Fähigkeiten seines Mitarbeiters für ihn den Ausschlag gegeben: „Mir war es wichtig, dass ein wirklich gut qualifizierter Mann auf den Markt kommt.“

Nicht nur ein guter Mensch sein

Die Zahl der Pflegebedürftigen steigt, geschultes Personal aber gibt es immer weniger. 2030 werden nach Berechnungen der Bertelsmann Stiftung rund 500.000 Pflegekräfte fehlen. Gleichzeitig kommen immer mehr Flüchtlinge nach Deutschland. Viele sehen hier eine Lösung des Pflegeproblems. Der Berufsverband jedoch warnt davor, noch nicht qualifizierte Personen in die Pflege zu vermitteln, nur weil dort Arbeitskräftemangel herrscht. ver.di drängt derweil auf einen leichteren Zugang zu Qualifizierung.

Ein Prinzip „Hauptsache mehr Hände in der Pflege“ sei „nicht sinnvoll“, kritisierte kürzlich der Deutsche Berufsverband für Pflegeberufe (DBfK). Einen „Bonus für Migranten“ auf Kosten der fachlichen Qualität dürfe es nicht geben. Bislang, so schränkt der DBfK-Vorsitzende Franz Wagner gegenüber Forum Migration ein, gebe es dazu allerdings auch „keine konkreten, benennbaren Vorhaben“. Doch immer wieder würden solche Überlegungen auftauchen. „Deshalb kann man diese Befürchtung grundsätzlich haben. Und dagegen würden wir uns wehren.“

Nicht nur mit den Flüchtlingen in der aktuellen Situation, sondern schon mehrfach habe der Verband festgestellt, dass die Politik glaube, dass an die Pflegekräfte nicht so hohe Anforderungen zu stellen sind. „Man denkt offenbar, es genügt, ein guter Mensch zu sein, die Arbeit habe aber nicht so viel mit Wissen und Lernen zu tun“, sagt Wagner. Immer dann, wenn eine Gruppe von Menschen ohne Beschäftigungsperspektive dastehe – Schleckerfrauen, Bergarbeiter, Prostituierte oder Langzeitarbeitslose – dann werde für diese die Pflege ins Spiel gebracht.


Doch für die Ausbildung sei nicht jeder geeignet. Unabdingbar seien gute Sprachkenntnisse: „Pflege ist ein kommunikativer Beruf. Da muss ich nicht nur radebrechen, sondern mich verständigen können.“

Ich muss erkennen, ob jemand nur verwirrt ist oder ob eine Notsituation vorliegt“, sagt Wagner. An den Mindest-Deutschkenntnissen der Stufe B2 plus Fachsprache dürfe „nicht gerüttelt werden“. Zu Flüchtlingen, die bereits mit einer einschlägigen Ausbildung kommen, gibt es keine offiziellen Zahlen, sie dürften aber bislang „nicht der Rede wert“ sein, glaubt Wagner.

Margret Steffen ist bei ver.di zuständig für Pflegeberufe. Für sie ist die Frage, wie Migrant_innen sinnvoll in Pflegeberufe gebracht werden können, nicht auf die Flüchtlinge beschränkt. „Der Zugang zur Ausbildung muss insgesamt durchlässiger werden“, sagt sie. Ein erster Schritt dazu war die Zulassung von Absolvent_innen mit qualifiziertem Hauptschulabschluss zur Pflegeausbildung. „Wir können uns sehr gut vorstellen, dass nun Migrant_innen auf diesem Weg leichter zu einer Ausbildung kommen können.“

Doch damit sei es nicht getan. Steffen plädiert dafür, nicht nur den Quereinstieg nach einer anderen beruflichen Ausbildung zu erleichtern, sondern auch die Assistenzberufe zum Einstieg zu nutzen: „Die haben eine kurze Ausbildungszeit von bis zu einem Jahr. Wenn man die absolviert hat, hat man dann die Chance, die qualifizierte Ebene des Gesundheitspflegers zu erreichen.“ Ebenso müsse dafür gesorgt werden, dass Privathaushalte, die Pflegepersonal beschäftigen, leichter – und damit öfter – ein sozialversicherungspflichtiges Arbeitsverhältnis schaffen können.

Kein Verständnis hat Steffen dafür, dass manche Länder ein halbes Jahr brauchen, um ausländische Zeugnisse anzuerkennen. „Es gibt Behörden, die schaffen das in zwei Wochen, etwa in Baden-Württemberg.“

 Projekt „Welcome Center Sozialwirtschaft“ der Diakonie Baden-Württemberg zur Altenpflegeausbildung für Flüchtlinge: <http://bit.ly/2a7MF4m>

Anerkennungs-News

Kammern starten Anerkennungsprojekt

Was, wenn in den Bewerbungsunterlagen ein ausländisches Zeugnis steckt? Warum lohnt es sich für Unternehmen, die berufliche Anerkennung von ausländischen Fachkräften zu unterstützen? Um Firmen darüber aufzuklären, haben sich Wirtschaftsverbände zusammengeschlossen. An dem Projekt „Unternehmen Berufsanerkennung – Mit ausländischen Fachkräften gewinnen“ sind Industrie-, Handelskammern und Handwerkskammern beteiligt.

 <http://bit.ly/28J38es>

Berlin erleichtert Anerkennung für Architekt_innen

Architekt_innen, Innenarchitekt_innen, Landschaftsarchitekt_innen und Stadtplaner_innen aus anderen EU-Staaten können sich die Gleichwertigkeit ihrer Qualifikationen in Berlin leichter und schneller anerkennen lassen. Der Senat beschloss eine entsprechende Gesetzesänderung. Einer neuen EU-Richtlinie folgend soll unter anderem das Eintragungsverfahren elektronisch geführt werden können. Die Kammern können nun eine Berufsanerkennungsordnung erlassen. So sollen fehlende Kenntnisse „rechtssicher und schnell“ festgestellt werden können, so der Senat.

 <http://bit.ly/28ITAUw>

 <http://bit.ly/2a7MF4m>



Brexit: Was denken die Migrant_innen?

Noch weiß niemand, welche Folgen das Brexit-Votum haben wird. Doch klar ist: Wenn Großbritannien die EU verlässt, ändern sich auch die Bedingungen für Arbeitsmigrant_innen. Sie verlieren den privilegierten Status aus EU-Ausländer_innen und werden zu „Drittstaatler_innen“ – auf dem Kontinent ebenso wie auf der Insel. Wir haben einen Briten in Deutschland und einen Deutschen in Großbritannien gefragt, was dies für sie bedeuten könnte.

Ben Palmer (35) ist Brite und arbeitet als Programmierer für die Auswertung von Big Data in Berlin:

„Ich lebe seit 2012 in Berlin und bin gern hier. Ich hätte den Ausgang des Referendums nicht für möglich gehalten. Selber konnte ich leider nicht mit abstimmen, dafür lebe ich zu lange nicht mehr in Groß-

britannien, das gilt für viele Expats. Das war ein Fehler des Referendums. Mich macht es etwas nervös, dass man überhaupt nicht weiß, was nun passieren wird und was das genau für uns heißt. Ich habe in den letzten Wochen etwas recherchiert, wie ich als „Drittstaatler“ eine Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis für Deutschland bekommen kann. Zum Glück bin ich Programmierer, das ist wohl so etwas wie ein Mangelberuf, da scheint es leichter zu sein. Unter meinen Kollegen hier in Berlin sind viele Ausländer, auch von außerhalb der EU, die haben es ja auch alle geschafft, ein Visum zu bekommen. Ich möchte in jedem Fall hierbleiben. Das steht für mich fest.“

Daniel Zilberstajin ist Deutscher und arbeitet als Korrespondent unter anderem für die Deutsche Welle und die Jüdische Allgemeine in London:

„Mich hat sehr geärgert, dass der neue Außenmi-

nister Boris Johnson bei seiner ersten Ansprache in Frankreich gesagt hat, dass die Franzosen in Großbritannien bleiben dürfen, wenn die Briten in Frankreich bleiben dürfen. So werden wir zur Verhandlungsmasse. Das will ich nicht. Es sollte selbstverständlich sein, dass man bleiben darf. Ich habe eine Aufenthaltserlaubnis, aber es könnte natürlich sein, dass ich die nach einem Brexit neu beantragen müsste. Das weiß ja noch niemand. Ich lebe seit vielen Jahren in Großbritannien und will dies auch weiterhin tun. Aber ich will dazu nicht Brite werden. Ich fühle mich als Teil der Gesellschaft hier, auch mit deutschem Pass. Außerdem kostet die Einbürgerung 1.000 Pfund und man muss einen Test machen. Das geht mir auch gegen den Strich. Ich arbeite als Freiwilliger in so vielen Einrichtungen mit – ich sehe nicht ein, dass ich ihnen nochmal beweisen muss, dass ich ein guter Bürger bin. Aber ich denke, dass ich auch als Nicht-Brite einen Weg finde, bleiben zu können.“

IG Metall: Auf dem Weg zu einem „neuen Wir“

7.500 ausländische Vertrauensleute hat die IG Metall in den Betrieben. Und so wie Deutschland ein Einwanderungsland sei, sei die Gewerkschaft „im Grunde eine Migrationsgewerkschaft“, sagte die zweite Vorsitzende Christiane Benner auf der 11. Bundesmigrationskonferenz in Sprockhövel. Aber was folgt daraus?

2014, als die IG Metall das letzte Mal in diesem Rahmen über Gewerkschaftsarbeit und Einwanderung diskutierte, ging es um die Willkommenskultur. „Jetzt stellte sich die Frage, was denn nach dem ‚Willkommen‘ folgt“, sagt der IG Metall-Sekretär Fessum Ghirmazion. Die Forscherin Naika Foroutan plädierte dafür, die Vorstellung einer „Leitkultur“

durch ein „Leitbild“ abzulösen. Das umfasse weniger einen „feststehenden Katalog“, als dass es Zielvorstellungen formuliere – etwa Solidarität. Solchen Begriffen Leben einzuhauchen – das sei „der Auftrag an uns alle“, sagt Ghirmazion. „Wir müssen dieses ‚gemeinsame Wir‘, zu dem wir uns bekennen, gestalten.“

Zum Beispiel, in dem die Betriebsräte darauf drängen, Flüchtlinge einzustellen und in den Betrieben zu integrieren. „Das ist eine große Aufgabe und natürlich gibt es auch Vorbehalte“, sagt Ghirmazion. Bislang sei sehr wenig passiert, „selbst bei den Praktika“ (siehe dazu auch News, Seite 4). Dabei gebe es vielversprechende Ansätze, etwa ein Unternehmen aus der Metallindustrie, das ein Modell ausprobiert

hatte, bei dem die Flüchtlinge 3,5 Stunden pro Tag ausgebildet wurden und 3,5 Stunden Sprachunterricht bekamen.

Um für solche Ansätze streiten zu können, müsse sich auch die Gewerkschaft verändern, sagt Ghirmazion. „Die Gesellschaft differenziert sich aus, das Otto-Normal-Mitglied gibt es nicht mehr.“ Der erste Schritt zur Veränderung: Das Berliner Institut für Integrations- und Migrationsforschung untersucht nun, wie viele Mitglieder mit Migrationshintergrund die IG Metall eigentlich hat – das ist bislang nicht bekannt – und was diesen wichtig ist.

 Bericht von der Bundesmigrationskonferenz der IG Metall: <http://bit.ly/29WT6rV>

Zuwanderung aus der EU 2015 so hoch wie nie

680.000 Menschen zogen nach Deutschland. Über die Hälfte blieb.

Zuwanderungssaldo der wichtigsten EU-Herkunftsländer im Jahr 2015		Veränderung zum Vorjahr
Rumänien	ca. 102.000	+9,2 %
Polen	ca. 77.000	+5,6 %
Bulgarien	ca. 45.000	+17,4 %
Kroatien	ca. 39.000	+40,6 %
Italien	ca. 26.000	+7,9 %
Ungarn	ca. 25.000	+1,69 %
Griechenland	ca. 14.000	+7,1 %
Spanien	ca. 10.000	-10,6 %
Slowakei	ca. 5.000	-5,3 %
Frankreich	ca. 5.000	+54,9 %



News + Termine

Mindestlohn für LKW-Fahrer:

Spediteure protestieren

Spediteure aus Ost- und Südeuropa haben sich bei der EU über Deutschland beschwert. Sie protestieren dagegen, dass ausländische Transportunternehmen ihren Fahrern bei Fahrten durch Deutschland den deutschen Mindestlohn zahlen müssen. Dies verringere die Wettbewerbsfähigkeit und „teile Europa“, heißt es in dem Brief. Die EU-Kommission warnte daraufhin Deutschland zum zweiten Mal in der Angelegenheit: Der Anwendung der Mindestlohngesetze auf alle Verkehrsleistungen sei eine „unverhältnismäßige Einschränkung der Dienstleistungsfreiheit“. Schon seit Jahresbeginn nimmt Deutschland allerdings Transitfahrten übergangsweise vom Mindestlohn aus. Gleichwohl droht jetzt ein Verfahren vor dem Europäischen Gerichtshof.

Dax-Konzerne:

Ganze 54 Flüchtlinge eingestellt

Deutschlands große börsennotierte Unternehmen haben bislang nur rund 50 Flüchtlinge fest eingestellt. Laut einer Umfrage der Frankfurter Allgemeinen Zeitung sind allein 50 bei der Deutschen Post untergekommen, zwei weitere jeweils beim Softwarekonzern SAP und beim Pharmahersteller Merck. Die übrigen 27 größten Dax-Konzerne haben keine Flüchtlinge eingestellt. Allerdings schufen die Unternehmen für diese knapp 2.700 zusätzliche Praktikumsplätze, laut Umfrage sind gut 500 besetzt. „Betriebe dürfen nicht warten, bis sie passgenau einsetzbare Geflüchtete vermittelt bekommen. Sie müssen mehr tun, um Geflüchteten eine Chance zu geben“, sagte DGB Vorstand Annelie Buntenbach. Sie kritisierte auch die Einführung von 100.000 so genannten 1-Euro-Jobs für Flüchtlinge.

Interview mit DGB Vorstand Annelie Buntenbach:

<http://bit.ly/2a52EAu>

BAMF: Syrer_innen holen je etwa einen

Angehörigen nach – wenn sie dürfen

Die regulär anerkannten Flüchtlinge aus Syrien werden im Durchschnitt bis zu 1,2 Familienangehörige nach Deutschland holen. Davon geht das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge aus. In den nächsten Jahren könnten so mehrere hunderttausend Menschen nach Deutschland kommen. Die Prognose hatte das BAMF bereits Ende 2015 erstellt. Sie wurde aber erst kürzlich öffentlich bekannt. Im März war das Asylpaket II in Kraft getreten. Seitdem haben nicht regulär, sondern nur so genannte subsidiär Schutzberechtigte kein Recht mehr auf Familiennachzug. Die Union hatte diese Verschärfung im vergangenen Herbst mit wesentlich höheren Prognosen begründet: „Lassen wir nun auch noch den Familiennachzug zu, wie ihn die derzeitige Rechtslage erlaubt, dann müssen wir die aktuellen Zuwandererzahlen möglicherweise mit einem Faktor drei oder vier multiplizieren“, sagte der CSU-Innenpolitiker Hans Peter Uhl am 14. Oktober der Welt. Die Folge: Im Juni 2016 bekam nur noch jede_r zweite Syrer_in „sub-

sidiären Schutz“ statt dem vollen Flüchtlingsstatus – 2015 waren es nur 0,1 Prozent. Und die Angehörigen können nun nicht mehr nachkommen.

<http://bit.ly/29WxhsF>

Flüchtlinge: Ankunfts zahlen stark gesunken

Die Zahl der in Deutschland ankommenden Flüchtlinge sinkt stark. Während im Januar 92.000 Neuankömmlinge registriert wurden, waren es im Juni noch rund 16.000. Er gehe von einer „deutlichen Entspannung bei der Flüchtlingskrise aus“, sagte Innenminister Thomas de Maizière (CDU). Grund seien die Schließung der Balkanroute sowie der EU-Türkei-Deal: „Wir sehen daran, dass die Maßnahmen auf deutscher und europäischer Ebene greifen.“ Insgesamt kamen seit Beginn des Jahres etwa 222.000 Flüchtlinge nach Deutschland. Fast 170.000 davon stammten aus den Krisenstaaten Syrien, Afghanistan, Irak, Somalia, Eritrea. Die Anerkennungsquote war hoch: Knapp zwei Drittel (61,5 Prozent) aller Asylentscheidungen fiel positiv aus.

<http://bit.ly/29Rh8E9>

Osteuropäer_innen:

Immer mehr Arbeitsmigrant_innen obdachlos

Menschen aus Osteuropa suchen zunehmend die Obdachlosenhilfe auf. Das berichtet die Zeit. In der Straßenambulanz der Frankfurter Caritas etwa stammten derzeit etwa 40 Prozent der Patienten aus Rumänien, Bulgarien oder Polen. Vor vier Jahren war es noch rund jeder Vierte. Ähnlich sei die Lage in Hamburg, Berlin und anderen Städten. Auch die Straßenambulanz der Caritas in Hannover behandelt zunehmend EU-Arbeitsmigranten aus Osteuropa, die gemeinsam mit ihren Kindern ohne Krankenversicherung dastehen. Grund sei der Ausschluss der EU-Migrant_innen aus dem regulären Sozialleistungsbezug, sagte der Geschäftsführer der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe, Thomas Specht: „Wenn man Menschen von allen Leistungen ausschließt, verfestigen sich Wohnungsnot und Armut und die Menschen landen in der Obdachlosigkeit.“ Zudem suchten auch EU-Zuwanderer Hilfe, obwohl sie eine Arbeit hätten. „Gerade Osteuropäer verdienen oft nicht genug Geld und müssen zusätzlich die Obdachlosenhilfe nutzen“, so Specht.

Handreichung der GEW:

Warum Menschen fliehen

Die Zahl der Flüchtlinge hat weltweit zugenommen. Aber warum fliehen die Menschen? Und welche Rolle spielt die Ungleichheit zwischen reichem Norden und verarmtem Süden? Mit Grafiken und Bildern sowie Zahlen und Fakten erklärt eine neue Broschüre der GEW die Zusammenhänge zwischen der ungleichen Verteilung von Reichtum und Fluchtbewegungen auf der ganzen Welt. Die Handreichung eignet sich zur eigenen Information als auch als Basis für den Schulunterricht.

<http://bit.ly/28IWF27>

Bitte folgen: @ForumMigration

Das DGB Bildungswerk auf Twitter mit aktuellen Nachrichten zu Migration, Vielfalt und Arbeitswelt.

Mentor_innenausbildung für Grundbildung und Alphabetisierung in der Arbeitswelt Nordrhein-Westfalen

Teil I: 02. bis 03. September 2016

Teil II: 09. bis 10. September 2016

Veranstaltungsort: Düsseldorf

Berlin-Brandenburg und Sachsen

Teil I: 09. bis 10. September 2016

Teil II: 16. bis 17. September 2016

Veranstaltungsort: Leipzig

Niedersachsen, Bremen, Sachsen-Anhalt, Nord

Teil I: 16. bis 17. September 2016

Teil II: 23. bis 24. September 2016

Veranstaltungsort: Hannover

Hessen, Thüringen, Rheinland-Pfalz, Saarland

Teil I: 23. bis 24. September 2016

Teil II: 30. September bis 01. Oktober 2016

Veranstaltungsort: Mainz

Baden-Württemberg

Teil I: 07. bis 08. Oktober 2016

Teil II: 14. bis 15. Oktober 2016

Veranstaltungsort: Stuttgart

Ausbildung zur Betrieblichen Fachkraft ANERKENNUNG

18. bis 23. September 2016

Veranstaltungsort: Steinbach/Taunus

Tagung: ANERKANNT! Gute Praxis für eine Anerkennungskultur in der Arbeitswelt

20. Oktober 2016

Veranstaltungsort: Düsseldorf

Die Welt in Bewegung – Flucht, Arbeitsmigration und Einwanderungspolitik heute

23. bis 28. Oktober 2016

Veranstaltungsort: DGB Tagungszentrum Hattingen

Weiterbildung zur Lernberaterin/zum Lernberater für Grundbildung und Alphabetisierung in der Arbeitswelt

Teil I: 10. bis 12. November 2016

Veranstaltungsort: Hamburg

Teil II: 17. bis 19. November 2016

Veranstaltungsort: Hattingen

„... noch keinen Sklaven in Katar gesehen.“ Sklaverei, Zwangsarbeit und Ausbeutung im 21. Jahrhundert

13. bis 18. November 2016

Veranstaltungsort: DGB Tagungszentrum Hattingen

Infos und Anmeldung für alle Veranstaltungen:

<http://bit.ly/1Jv9okq>



Die soziale Einwanderungsgesellschaft – Vier Ansätze für gelingende Integration



© Staatskanzlei Thüringen

Kommentar von Bodo Ramelow (Die Linke), Ministerpräsident des Landes Thüringen

Die humanitär begründete Aufnahme von hunderten Flüchtlingen in Deutschland seit dem Sommer 2015 war eine schwere, aber richtige Entscheidung. Deshalb dürfen wir jetzt auch keine Zeit verlieren und müssen entschlossen die Integration der Neubürger/innen angehen. Das genaue Gegenteil will ein Bündnis der Hetzer, mit keinem geringeren Anspruch, als dem, die Hegemonie in Deutschland zu erringen und einen reaktionären Politikwechsel herbeizuführen. Sie sind an den analogen und digitalen Stammtischen schon weit gekommen. Aber alle Umfragen zeigen nach wie vor eine Mehrheit, die Integration bejaht. Ich sehe vier Ansatzpunkte für gelingende Integration.

1 Integration von unten: Wir wären gut beraten, die Denkschablonen einer paternalistischen Migrationspolitik durch den Ansatz der Integration von unten zu ersetzen. Warum schließen wir nicht mit Flüchtlingen, schon wenn sich ihr Bleiben abzeichnet, einen Integrationsvertrag ab, der ein Integrationsdreieck aus einer Kommune, einem Bundesland, und den zuständigen Bundesbehörden (BAMF und Bundesagentur für Arbeit) konstituiert. Der Flüchtling müsste sich zur Mitwirkung bei der Integration in einem

einjährigen „Deutschland-Praktikum“ an einem Ort verpflichten. Dieses Praktikum fände in einer Kommune statt, die eine Integrationspatenschaft für den betreffenden Flüchtling übernehmen würde. Zur Patenschaft gehört die Bereitstellung von Wohnraum und die lebensweltliche Integration des Neubürgers (bspw. durch Einbindung in die Bereitstellung sozialer Dienstleistungen oder Aufrechterhaltung des sozialen Lebens). Bundesbehörden und Bundesland übernehmen die Bereitstellung von Beratungs- und Bildungsangeboten (Sprachkurse, wohnortnahe Einstiegspraktika usw.). Der Löwenanteil der Finanzierung muss vom Bund kommen. Sie muss dazu führen, dass auch die Teilnahme am Deutschland-Praktikum ein Nettoeinkommen in Höhe des Mindestlohns ermöglicht. Ein solches Angebot müsste nicht mit Sanktionsdrohungen erzwungen werden und würde in der Bevölkerung als Kombination aus Pflichten und Angeboten (mit einem erfahrbaren Mehrwert) auf Akzeptanz stoßen. Wenn Flüchtlinge in das soziale Leben eingebunden sind, zum Beispiel indem sie als Alltagshelfer/innen ortsansässigen Senior/innen oder jungen Familien bei der Bewältigung des täglichen Lebens – von der Einkaufshilfe bis zum Mehrgenerationenhaus – helfen, dann haben es Hetzer schwer.

2 Einwanderung gestalten: Eine ideologische Blockade erschwert die Diskussion um ein modernes Zuwanderungsgesetz. Wir müssen aber genau diese Diskussion führen. Wir können es uns gar nicht leisten, auf eine fleißige Hand oder einen schlauen Kopf zu verzichten. Allein in Thüringen brauchen wir in den kommenden Jahren eine sechsstellende Zahl einwandernder Menschen, um den wirtschaftlichen Wohlstand und die Qualität sozialer Dienstleistungen wenigstens zu halten.

3 Soziale Grundgewissheiten schützen: Deutschland ist Fluchthafen, weil es im globalen Maßstab ein attraktives Land ist, eines, in dem man, wie mir einmal ein Flüchtling sagte, am Sonntag als Versicherter mit Zahnschmerzen kostenlos zum Zahnarzt gehen kann. Aber der Kanon von sozialen Grundgewissheiten, der im Kern den Menschen das Versprechen gibt, dass sie für ihre Bereitschaft zum Mitwirken am Fortkommen des Gemeinwesens eine Absicherung der großen Lebensrisiken erhalten, ist durch neoliberale Politik ins Wanken gekommen. Es gibt aber keine Welftoffenheit ohne soziale Sicherheit. Deshalb brauchen wir nicht weniger als eine Sozialstaatsgarantie, die die Wiederinkraftsetzung von sozialen Grundgewissheiten zur vornehmsten Aufgabe aller Politik erklärt.

4 Für eine soziale Einwanderungsgesellschaft werben: Es gehört zu den großen Versäumnissen von Angela

Merkel, dass sie der Bevölkerung zentrale politische Entscheidungen nicht erklärt. In diesen kommunikativen Leerraum stoßen rechte Hetzer mit ihrer dunkel-deutschen Offensive. Wo aber bestenfalls verschämt und mit allerlei Entschuldigungen um Verständnis geworben wird, muss man sich nicht wundern, wenn eine hegemoniale Stimmung wächst, in der der Zuzug von Flüchtlingen und Migrant/innen grundsätzlich als Übel gilt, bei dem man sich eigentlich nur um den Grad der Vermeidbarkeit streitet. Wer die soziale Einwanderungsgesellschaft als Modernisierungspfad will, darf eben auch nicht zu feige sein, dafür offensiv zu werben.

Deutschland steht vor einer Richtungsentscheidung. Wollen wir ein abgeschottetes Land werden, in dem die Skrupellosen die Ängstlichen regieren. Oder wollen wir den Weg nach vorn in eine soziale Einwanderungsgesellschaft einschlagen. Dieser Weg verlangt Veränderungsbereitschaft. Aber er hält für uns alle Potenziale für ein besseres Leben und Arbeiten bereit, wenn wir entschlossen die ersten Schritte gehen.

IMPRESSUM

Herausgeber: DGB Bildungswerk BUND e.V.
Vorsitzende: Elke Hannack
Geschäftsführerin: Claudia Meyer

Verantwortlich für den Inhalt: Daniel Weber
Koordination: Michaela Dälken
Redaktion: Christian Jakob, Berlin
Layout/Satz: ideaal, Essen
Erscheinungsweise: Monatlich

DGB Bildungswerk BUND e.V.
Bereich Migration & Gleichberechtigung
Hans-Böckler-Straße 39
40476 Düsseldorf
Telefon 02 11/43 01-1 99
Telefax 02 11/43 01-1 34
migration@dgb-bildungswerk.de
www.migration-online.de

Artikel zum Themenfeld Anerkennung im Rahmen des Projektes ANERKANNT gefördert vom Bundesministerium für Bildung und Forschung.

GEFÖRDERT VOM



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

